S 53 AL 2598/03

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Berlin-Brandenburg
Sozialgericht	Landessozialgericht Berlin-Brandenburg
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	4
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	SGB III, § 57 Abs. 1 (i.d.F. v. 1. Januar 2003) Überbrückungsgeld Förderungshöchstdauer keine wiederholte Förderung im wesentlichen identischen Projekt
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 53 AL 2598/03
Datum	03.02.2004

2. Instanz

Aktenzeichen	L 4 AL 22/04
Datum	27.02.2006

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 3. Februar 2004 wird zurückgewiesen. Außergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um die Bewilligung von Überbrückungsgeld nach [§ 57 SGB III](#).

Der im Jahre 1944 geborene Kläger ist Diplomkaufmann. Er war seit Juli 1985 Direktor des A S, E und E der Stadt K, ab 1986 nebenamtlicher Geschäftsführer der gemeinsam von der Stadt K, der K S und B G- und I GmbH sowie seit 1996 E der Stadt K. Im Dezember 2000 beendete er sein Arbeitsverhältnis mit der Stadt K. Danach bezog er Arbeitslosengeld.

Am 24. April 2002 beantragte der Klager bei der Beklagten, Arbeitsamt S, die Gewahrung von berbrckungsgeld zur Aufnahme einer selbstandigen Tätigkeit nach [ 57 SGB III](#). Er gab an, ab dem 1. Juni 2002 eine selbstandige Tätigkeit als freiberuflicher Berater im Rahmen einer Partnerschaft ausuben zu werden. Das Existenzgründungsvorhaben beschrieb er folgendermaßen:

"Durch Gründung der Partnerschaftsgesellschaft gemäß PartG mit dem Namen A C & P  beratende Ingenieure, Informatiker und Wirtschaftswissenschaftler wird eine neue Qualität auf die öffentliche Verwaltung zielender Beratung bereitgestellt. Schwerpunkte sind: Europäische Förderungsprogramme, eGovernment, Projekt-, Veränderungs- und Qualitätsmanagement, Projektevaluierung, Qualifizierung und HR-Entwicklung."

Mit diesem Antrag wies der Klager darauf hin, dass er an einem Businessplan-Wettbewerb der Ibank B teilgenommen habe, und die geplante Gründung Platz 6 von 149 Businessplänen erreicht habe. Seinem Antrag fügte der Klager die befwortende Stellungnahme einer fachkundigen Stellung zur Tragfähigkeit der Existenzgründung bei. Mit Bescheid vom 2. Juli 2002 bewilligte die Beklagte dem Klager daraufhin berbrckungsgeld für den Sechsmonatszeitraum 1. Juni bis 30. November 2002 in Höhe von 2.282,84 EUR monatlich.

Nach Auslaufen der Förderung  das Existenzgründungsvorhaben war nicht zur Zufriedenheit des Klagers verlaufen  meldete der Klager sich am 2. Dezember 2002 wieder arbeitslos und erhielt fortan Arbeitslosengeld in Höhe von 316,12 EUR whentlich.

Am 13. Januar 2003 trat der Klager erneut mit einem Antrag auf Gewahrung von berbrckungsgeld zur Aufnahme einer selbstandigen Tätigkeit nach [ 57 SGB III](#) an die Beklagte heran. Er gab nun an, am 1. Februar 2003 eine selbstandige Tätigkeit als freiberuflicher Berater im Rahmen der Partnerschaftsgesellschaft c m & partner in B aufnehmen zu werden. Als Kurzbeschreibung des Existenzgrndungsvorhabens gab er an:

"Schwerpunkte der Beratungsgesellschaft sind europäisches Förder- und Kooperationsmanagement, Verwaltungsmodernisierung und eGovernment, Projekt- und Qualitätsmanagement für IT-Projekte sowie HR-Management, Personalentwicklung, Qualifizierung insbesondere älterer, hochqualifizierter Langzeitarbeitsloser im Projektkontext."

Erläuternd führte der Klager in dem Antrag aus:

"Durch die erfolgreiche Teilnahme am Businessplanwettbewerb 2002 der I ergeben sich zusätzliche Bewertungsaspekte für die hier geplante Gründung. Die entsprechenden Bewertungen liegen ihnen vor. Leider musste ein erster Gründungsversuch mangels Gründungskapital aufgegeben bzw. verschoben werden, weil es nach 6-monatiger Prüfung der I nicht gelungen war, das beantragte ARP-Startkapital unbürokratisch und schnell zur Verfügung zu stellen, denn nach zweijähriger Arbeitslosigkeit sind alle liquiden Reserven

verbraucht. Der zweite Versuch startet in der Gewissheit, dass nunmehr die Startinvestitionen durch ARP finanziert werden können."

Diesem Antrag fügte der Kläger wiederum die befragende Stellungnahme einer fachkundigen Stelle zur Tragfähigkeit der Existenzgründung bei. In einem Begleitschreiben wies er darauf hin, die der Beklagten im Mai 2002 vorgelegten Unterlagen nicht noch einmal beigefügt zu haben. Sie seien inzwischen auch nicht verändert worden. Bei Bedarf könne er sie gerne noch einmal übermitteln. Inzwischen sei die Partnerschaftsgesellschaft c m & partner gegründet worden.

Nachdem die Beklagte angekündigt hatte, den Antrag ablehnen zu wollen, trug der Kläger vor, das Scheitern des ersten Versuchs, aus der ihn außerordentlich belastenden Arbeitslosigkeit auszubrechen, nicht zu vertreten zu haben. Bei dem jetzt unternommenen zweiten Versuch handele es sich keineswegs um das bereits gefällte Projekt sondern um einen nicht nur hinsichtlich der Rechtsform völlig neuen Versuch, in den natürlich die fachlichen und ökonomischen Inhalte des vorangegangenen Versuchs einfließen. Außerdem unternehme er unverändert alles Erdenkliche, um seine Arbeitslosigkeit zu beenden. Die Gründung der Partnerschaftsgesellschaft c m & partner werde nicht zielfördernd realisiert. Deshalb sei es erforderlich, dass er sein Potential bis auf weiteres allein für eine selbständige Tätigkeit nutze. Insofern beziehe sich sein Antrag auf Überbrückungsgeld auf diese selbständige freiberufliche Tätigkeit, mit der er unter "AC Consult" firmiere. AC Consult sei ein anderes und durchaus selbständiges fälliges Projekt.

Mit Bescheid vom 17. Februar 2003 lehnte die Beklagte den Antrag des Klägers auf Bewilligung von Überbrückungsgeld ab. Zur Begründung führte sie darin aus, dass ihm bereits mit Bescheid vom 2. Juli 2002 für die Dauer von sechs Monaten ein Überbrückungsgeld gewährt worden sei. Damit habe er den fälligen Zeitraum für das Projekt C M & Partner voll ausgeschöpft. In seinem Antrag vom 13. Januar 2003 sei keine wesentliche Änderung des Konzepts zu erkennen. Damit sei das

Existenzgründungsvorhaben nicht tragfähig und der angestrebte Leistungszweck würde nicht erreicht werden.

Mit seinem hiergegen erhobenen Widerspruch trug der Kläger im Wesentlichen vor, dass der erste Gründungsversuch nur gescheitert sei, weil die unverzichtbare ARP-Startfinanzierung nicht rechtzeitig bereitgestellt worden sei. Dieses Hindernis sei nunmehr behoben. Die "Verschiebung der Gründung" habe er vor diesem Hintergrund nicht zu vertreten. Er bitte um eine neue Chance, weil der neuerliche Antrag keinesfalls auf das gleiche Vorhaben abstelle, sondern den Schwerpunkt bei einer von der Gesellschaftsgründung eher unabhängigen persönlichen Aktivität setze. Dass der erstrebte Leistungszweck nicht erreicht werden könne, sei unzutreffend. Nach der Bereitstellung des ARP-Darlehens sei das Gegenteil der Fall.

Mit Bescheid vom 23. April 2003 wies die Beklagte den Widerspruch des Klägers

zurück. Zur Begründung heißt es darin im Wesentlichen: Der Antrag vom 13. Januar 2003 lasse keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem im Jahre 2002 geförderten Vorhaben erkennen. Der angestrebte Leistungszweck sei daher aller Voraussicht nach nicht erreichbar. Zudem habe der Kläger nach eigenen Angaben eine entsprechende Tätigkeit bereits seit über 30 Jahren aus. Nach den zugrunde liegenden Rechtsvorschriften seien aber Existenzgründungswillige nur dann zu fördern, wenn erkennbar sei, dass keine ausreichenden Einkünfte zur Sicherung des Lebensunterhalts vorhanden seien. Dies sei im Falle des Klägers nicht erkennbar. Ein Anspruch auf Arbeitslosenhilfe sei im Jahre 2002 nicht festgestellt worden, weil Bedürftigkeit nicht vorgelegen habe. Der Kläger könne seinen Lebensunterhalt anderweitig bestreiten. Zudem handele es sich bei [§ 57 SGB III](#) um eine Kann-Bestimmung, die Bewilligung der Leistung könne also nur nach Einzelfallprüfung erfolgen. Weil der Kläger bereits einmal Leistungen für die Aufnahme der selbständigen Tätigkeit erhalten habe und wesentliche Konzeptänderungen nicht ersichtlich seien, sei die Leistungsbewilligung abzulehnen gewesen.

Mit der am 23. Mai 2003 erhobenen Klage verfolgt der Kläger sein Begehren weiter. Ihm sei eine zweite Chance zu gewähren, weil nur die unvorhersehbar verspätete Gewährung des ARP-Darlehens für das Scheitern des ersten Anlaufs verantwortlich sei. Es sei nicht hinnehmbar, dass einerseits die Ibank B auf der Grundlage ihrer Förderrichtlinien ein Darlehen gewähre und dabei die besondere Förderwürdigkeit attestiere, während die Beklagte der Auffassung sei, dass der angestrebte Leistungszweck aller Voraussicht nach nicht erreicht würde. Die Prognose sei positiv, was sich aus bereits geknüpften Geschäftsverbindungen ergebe. Die Gründung habe inzwischen durch die Anmietung eines Geschäftslokals im Gründer- und Innovationszentrum lokalisiert werden können. Auch dies spreche für die Innovationsqualität und die Erfolgsaussicht der Gründung. Allerdings drohe auch dieser zweite erfolversprechende Versuch zu scheitern, wenn nicht flankierend zur Sicherung seines Lebensunterhalts ein Überbrückungsgeld gewährt werde. Im übrigen gehe mit dem zweiten Gründungsversuch nicht nur eine neue Rechtsform sondern auch eine inhaltliche Neuorientierung der selbständigen freiberuflichen Tätigkeit einher.

Mit Urteil vom 3. Februar 2004 hat das Sozialgericht Berlin die Klage abgewiesen und zur Begründung, wegen deren Einzelheiten auf die Gerichtsakte Bezug genommen wird, im Wesentlichen ausgeführt: Die Einschätzung der Beklagten, dass es sich bei dem zweiten Antrag des Klägers um ein Projekt handele, das im Wesentlichen mit dem ersten identisch sei, sei nicht zu beanstanden. Die Beklagte sei von einem zutreffenden Sachverhalt ausgegangen. Bei dem zweiten Projekt des Klägers handele es sich um ein Vorhaben, das ganz wesentlich auf der Ursprungskonzeption basiere und lediglich in Einzelheiten erweitert und abgeändert worden sei. Dies folge aus der eigenen Projektbeschreibung des Klägers sowie aus dem Umstand, dass er zur Untermauerung der Erfolgsaussichten unter anderem auf die erstmalige Bewertung des Vorhabens durch die IBB im Jahre 2002 verwiesen habe, welche im Wesentlichen auch für den zweiten Versuch gültig gewesen sei. Bei Beantragung des zweiten

FÄ¶rderzeitraumes habe der KlÄ¶ger offensichtlich auch keine Notwendigkeit zur Neuausrichtung des Konzeptes gesehen. Dass die Erfahrungen des ersten Versuchs zu kleineren Ä¶nderungen in der Konzeption gefÄ¶hrt und zwischenzeitlich neue Mitstreiter hÄ¶tten gewonnen werden kÄ¶nnen, entspreche dem Lauf der Dinge bei einer NeugrÄ¶ndung, mache aus der ursprÄ¶nglichen GeschÄ¶fts-idee jedoch kein neues Projekt. Die Ä¶berlegung der Beklagten, ein Projekt grundsÄ¶tzlich nur einmal zu fÄ¶rdern, lasse auch keine sachfremden ErwÄ¶gungen erkennen. Wie bereits der Name der beantragten Leistung nahe lege, solle Arbeitnehmern geholfen werden, einen gewissen, im Gesetz auf sechs Monate beschrÄ¶nkten Zeitraum wÄ¶hrend der ExistenzgrÄ¶ndung zu Ä¶berbrÄ¶cken. Nicht gedacht sei das Ä¶berbrÄ¶ckungsgeld aber als eine lÄ¶nger dauernde Subventionierung finanzschwacher Vorhaben. Es sollten auch keine lÄ¶ngerfristigen Risiken einer UnternehmensgrÄ¶ndung abgesichert werden. TatsÄ¶chlich habe der KlÄ¶ger wÄ¶hrend des ersten FÄ¶rderzeitraumes durchaus grundlegende Schritte zur Verfestigung seiner SelbstÄ¶ndigkeit getan. Er habe zweckdienliche Erfahrungen und Kontakte erwerben kÄ¶nnen, die in die Finanzierung des Vorhabens gemÄ¶ndet seien. Die erste Bewilligung des Ä¶berbrÄ¶ckungsgeldes habe deshalb ihren Zweck nicht vÄ¶llig verfehlt. Die Ablehnung einer erneuten Bewilligung sei damit aber nicht zu beanstanden. Weitergehende ErwÄ¶gungen der Beklagten hinsichtlich der TragfÄ¶higkeit des Projektes sowie der FÄ¶rderwÄ¶rdigkeit des KlÄ¶gers hÄ¶tten vor diesem Hintergrund keiner weiteren ErÄ¶rterung bedurft.

Gegen das ihm am 5. MÄ¶rz 2004 zugestellte Urteil hat der KlÄ¶ger am 22. MÄ¶rz 2004 Berufung eingelegt. Zu ihrer BegrÄ¶ndung hat er im Wesentlichen vorgetragen: Das Urteil des Sozialgerichts kÄ¶nne keine Bestand haben, weil es sich ebenso wie die Entscheidung der Beklagten auf falsche ErmessenserwÄ¶gungen stÄ¶tze und letztendlich nur von dem Gedanken getragen sei, dass eine doppelte Bewilligung von Ä¶berbrÄ¶ckungsgeld zu Lasten der Versichertengemeinschaft gehe und daher nicht gerechtfertigt sei. Es mÄ¶sse sehr befremden, wenn in der angefochtenen Entscheidung wesentliche ErwÄ¶gung sei, dass das zweite Projekt des KlÄ¶gers ganz wesentlich auf der Ursprungskonzeption basiere und lediglich in Einzelheiten erweitert und abgeÄ¶ndert worden sei. Der erste Anlauf des KlÄ¶gers sei lediglich wegen des zunÄ¶chst nicht bewilligten ARP-Darlehens erfolglos geblieben. Eine grundlegende Ä¶nderung der Konzeption sei vor diesem Hintergrund nicht erforderlich gewesen. Es sei nicht ersichtlich, warum die wiederholte FÄ¶rderung eines zumindest im Grunde Ä¶hnlichen Vorhabens vor diesem Hintergrund von der Versichertengemeinschaft nicht verlangt werden kÄ¶nnen solle. Mit einem Alter von 59 Jahren sei der KlÄ¶ger auf dem Arbeitsmarkt chancenlos. Weil er das Scheitern des ersten Anlaufs nicht zu verantworten habe, mÄ¶sse die in [Ä¶ 57 Abs. 3 SGB III](#) normierte RegelfÄ¶rderungsdauer Ä¶berschritten werden. Die ErwÄ¶gungen des Gerichts seien unausgewogen und hÄ¶tten wichtige Aspekte auÄ¶er Acht gelassen. Es handele sich bei dem zweiten Versuch um ein tragfÄ¶higes Vorhaben, welches erneut zu fÄ¶rdern sei. Bei BerÄ¶cksichtigung sÄ¶mtlicher Aspekte hÄ¶tte die Beklagte nach ihren eigenen Ermessensrichtlinien dieses Vorhaben auch entsprechend bewilligt. Davon abgesehen habe der KlÄ¶ger im Rahmen seines zweiten ExistenzgrÄ¶ndungsvorhabens seine Zielgruppe erweitert. Ein neuer Schwerpunkt sei durch die Einbindung ost- und mitteleuropÄ¶ischer BeitrittslÄ¶nder gesetzt

worden. Er habe sein Konzept damit angepasst und erweitert. Insgesamt könne nicht von demselben Vorhaben die Rede sein. Schließlich sei auch bei der zweiten Gr $\ddot{u}$ ndung einer von drei Arbeitsschwerpunkten fallen gelassen worden. Es handele sich dabei um die so genannte arbeitsmarktpolitische Integration von IT-Projektspezialisten in Kooperation mit der Arbeitsverwaltung. Im $\ddot{A}$ u $\ddot{b}$ rigen regelt [\$\ddot{A}\$ § 57 SGB III](#) nicht konkret, dass die Bewilligung von $\ddot{A}$ u $\ddot{b}$ erbr $\ddot{u}$ ckungsgeld lediglich bis zu einer Gesamtdauer von 6 Monaten m $\ddot{o}$ glich sein solle. Dass eine wiederholte Bewilligung von $\ddot{A}$ u $\ddot{b}$ erbr $\ddot{u}$ ckungsgeld m $\ddot{o}$ glich sei, zeige die Neufassung von [\$\ddot{A}\$ § 57 Abs. 4 SGB III](#), wonach erst jetzt ausdr $\ddot{u}$ cklich vorgesehen sei, dass die Forderung dann ausgeschlossen sei, wenn nach Beendigung einer F $\ddot{u}$ hrung der Aufnahme einer selbst $\ddot{a}$ ndigen T $\ddot{a}$ tigkeit nach dem SGB III noch nicht 24 Monate vergangen seien.

Der Kl $\ddot{a}$ ger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 3. Februar 2004 sowie den Bescheid der Beklagten vom 17. Februar 2003 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 23. April 2003 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihm $\ddot{A}$ u $\ddot{b}$ erbr $\ddot{u}$ ckungsgeld f $\ddot{u}$ r 6 Monate f $\ddot{u}$ r die Zeit ab 1. Februar 2003 zu bewilligen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zur $\ddot{u}$ ckzuweisen.

Sie h $\ddot{a}$ lt das erstinstanzliche Urteil f $\ddot{u}$ r zutreffend.

Im Er $\ddot{a}$ urterungstermin vom 28. Oktober 2005 haben die Beteiligten ihr ausdr $\ddot{u}$ ckliches Einverst $\ddot{a}$ ndnis mit einer Entscheidung des Berichterstatters anstelle des Senats und ohne m $\ddot{a}$ ndliche Verhandlung zu Protokoll erkl $\ddot{a}$ rt.

Wegen des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird im $\ddot{A}$ u $\ddot{b}$ rigen auf den Inhalt der Gerichtsakte sowie zweier Verwaltungsvorg $\ddot{a}$ nge der Beklagten Bezug genommen, der, soweit wesentlich, Gegenstand der Entscheidungsfindung war.

Entscheidungsgr $\ddot{u}$ nde:

Im Einverst $\ddot{a}$ ndnis der Beteiligten durfte der Berichterstatter anstelle des Senats ohne m $\ddot{a}$ ndliche Verhandlung $\ddot{A}$ u $\ddot{b}$ er den Rechtsstreit entscheiden ([\$\ddot{A}\$ § 155 Abs. 3, Abs. 4](#) i. V. m. [\$\ddot{A}\$ § 153 Abs. 1](#) i. V. m. [\$\ddot{A}\$ § 124 Abs. 2 SGG](#)).

Die zul $\ddot{a}$ ssige Berufung des Kl $\ddot{a}$ gers hat keinen Erfolg. In seiner Entscheidung vom

3. Februar 2004 beurteilt das Sozialgericht Berlin die Sach- und Rechtslage zutreffend. Der KlÄger hat keinen Anspruch auf nochmalige Bewilligung von ÄberbrÄckungsgeld fÄr die Zeit ab 1. Februar 2003.

Zur Vermeidung von Wiederholungen nimmt das Gericht auf die sorgfÄltigen EntscheidungsgrÄnde des Sozialgerichts Berlin in seinem Urteil Bezug ([Ä 153 Abs. 2 SGG](#)) und fÄhrt in WÄrdigung des Berufungsvorbringens lediglich ergÄnzend aus:

Die Rechtsgrundlage fÄr das klÄgerische Begehren besteht in [Ä 57 Abs. 1 SGB III](#) in der vom 1. Januar 2003 bis 31. Dezember 2003 geltenden Fassung, wonach Arbeitnehmer, die durch Aufnahme einer selbstÄndigen TÄtigkeit die Arbeitslosigkeit beenden oder vermeiden, zur Sicherung des Lebensunterhalts und zur sozialen Sicherung in der Zeit nach der ExistenzgrÄndung ÄberbrÄckungsgeld erhalten kÄnnen. Das ÄberbrÄckungsgeld wird fÄr die Dauer von sechs Monaten geleistet ([Ä 57 Abs. 3 Satz 1 SGB III](#)). Nach dem eindeutigen Wortlaut des Gesetzes ist das ÄberbrÄckungsgeld damit eine Ermessensleistung, auf die nur dann ein Anspruch besteht, wenn das Ermessen der Beklagten auf Null reduziert ist. HierfÄr ist nichts ersichtlich. Der KlÄger hat auch nicht vorgetragen, woraus sich etwa eine Ermessensreduzierung ergeben sollte. Im Gegenteil hat die Beklagte den neuerlichen Antrag des KlÄgers ermessensfehlerfrei abgelehnt, so dass auch eine Verurteilung der Beklagten zur Neubescheidung nicht in Betracht kommt.

Beanstandungsfrei ist vor allem der Ansatz, das zweite Projekt mit dem bereits gefÄrderten ersten Projekt zu vergleichen, denn es ist sachgerecht und entspricht der gesetzgeberischen Intention, Ähnliche, anfangs erfolglose Projekte nicht wiederholt zu fÄrdern. Auch das Berufungsgericht hat keinen Zweifel an der engen VerknÄpfung des zweiten Leistungsantrages aus dem Jahre 2003 mit dem ersten FÄrderzeitraum im Jahre 2002. Selbst wenn es mit der Zeit zu unterschiedlichen Nuancen in der Projektgestaltung gekommen sein sollte, hat doch der KlÄger selbst im Zuge seines Zweitantrages erklÄrt, dass es sich um einen "zweiten Versuch" handle, der ebenso in Zusammenhang mit dem guten Abschneiden beim Businessplanwettbewerb stehe wie der erste Versuch im Jahre 2002. Er hat sogar ausdrÄcklich betont, keine Notwendigkeit zu sehen, die der Beklagten aus dem Vorjahr bekannten Unterlagen nochmals beizufÄgen. Wenn der KlÄger heute erklÄrt, es handle sich um in wesentlichen Punkten unterschiedliche ExistenzgrÄndungsvorhaben, so hÄlt das Gericht dies fÄr zielgerichtet und vorgeschoben. Weil die FÄrderhÄchstdauer nach [Ä 57 Abs. 3 Satz 1 SGB III](#) nur sechs Monate betrÄgt, verbot sich eine neuerliche FÄrderung des KlÄgers damit sogar schon aus tatbestandlichen GrÄnden. Die neuere Rechtsentwicklung gibt nichts Gegenteiliges her. Wenn es heute in [Ä 57 Abs. 4 Satz 1 SGB III](#) heiÄt, die FÄrderung sei ausgeschlossen, wenn nach Beendigung einer FÄrderung der Aufnahme einer selbstÄndigen TÄtigkeit nach dem SGB III noch nicht 24 Monate vergangen seien, so ist damit nur eine Sperrfrist ins Gesetz aufgenommen worden, die nichts Äber die FÄrderungshÄchstdauer besagt, die nach wie vor fÄr jedes Vorhaben sechs Monate betrÄgt.

Nach der Rechtslage im Jahre 2003 ist es daher sachgerecht und frei von Ermessensfehlern, die erneute FÃ¼rderung eines Antragstellers abzulehnen, wenn dieser unmittelbar zuvor schon Leistungen nach [Â§ 57 Abs. 1 SGB III](#) erhalten hatte. Der Antragsteller hatte dann gewissermaÃen "seine Chance", mit Hilfe von Mitteln der Versicherungsgemeinschaft eine ExistenzgrÃ¼ndung zu betreiben. Dies gilt nach Auffassung des Gerichts sogar unabhÃ¤ngig davon, wie eng zwei nacheinander gestellte FÃ¼rderungsantrÃ¤ge miteinander inhaltlich verwandt sind. Es ist allerdings zur Ãberzeugung des Gerichts umso sachgerechter â wenn nicht: zwingender -, einen Zweitantrag abzulehnen, je Ã¤hnlicher dieser dem schon gefÃ¼rderten ersten ExistenzgrÃ¼ndungsvorhaben ist.

Weil damit der Kern der Argumentation in dem angefochtenen Bescheid ermessensfehlerfrei ist und die Ablehnung der begehrten Leistung trÃ¤gt, kommt es nicht darauf an, auf welche ErwÃ¤gungen die Beklagte ihre Ablehnung sonst noch gestÃ¼tzt hat.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#) und folgt dem Ergebnis der Hauptsache.

Die Revision war nicht zuzulassen, weil ZulassungsgrÃ¼nde nach [Â§ 160 Abs. 2 Nr. 1 oder 2 SGG](#) nicht gegeben sind.

Erstellt am: 17.04.2006

Zuletzt verÃ¤ndert am: 22.12.2024